



Die Hessische Kommunale

2-2026 Juni

Liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst gratuliere ich den gewählten SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politikern herzlich zu ihrem Mandat – besonders denjenigen, die zum ersten Mal ein kommunalpolitisches Amt wahrnehmen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch in unserer sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

Die Kommunalwahl am 15. März ergab für uns als hessische SPD ein differenziertes Bild: Manche konnten ihr bisheriges Wahlergebnis halten, einige es sogar verbessern – die meisten aber verzeichneten Stimmenverluste. Das hessenweite Wahlergebnis von etwas über 20 % kann dabei kein zufriedenstellendes Ergebnis für uns sein. Hinzu kommt, dass nach der Kommunalwahl in vielen Kommunen und Landkreisen jetzt weitere Fraktionen in den Gremien mitarbeiten und so die Arbeit und Mehrheitsfindung komplexer wird.

Die Frage, wie wir zukünftig unsere kommunalpolitische Arbeit organisieren müssen, damit unsere Inhalte und Botschaften stärker wahrgenommen werden, ist eine große Aufgabe, die wir gemeinsam mit den Gliederungen und der Landes-SPD angehen werden. Von Seiten der SGK Hessen werden wir Euch dabei mit inhaltlichen Qualifikationsangeboten und einer breiten Vernetzung unserer kommunalpolitischen Basis unterstützen. Ziel ist es, wieder die



*Foto: Hanno Benz, SGK Landesvorsitzender Hessen,
© Sandra Kühnapfel*

Meinungsführerschaft auf der kommunalen Ebene zu gewinnen.

Unsere Städte und Gemeinden stehen aktuell vor großen Herausforderungen: Die demografische Entwicklung, die geringen finanziellen Spielräume und die Transformationen unserer Zeit fordern sie in besonderem Maße. Hinzu kommt die Bedrohung unserer Demokratie durch radikale Kräfte. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir hierauf die richtigen Antworten geben, sodass die Menschen uns wieder vertrauen – und als SGK Hessen werden wir Euch dabei aktiv unterstützen.

Euer

Hanno Benz

Landesvorsitzender der SGK Hessen

Handlungsfähige Kommunen nach der Kommunalwahl 2026

Autor: Dr. David Rauber, Hessischer Städte- und Gemeindebund

„Zersplitterung der kommunalen Gremien bedroht die Handlungsfähigkeit der Kommunen“ – da stimmt abstrakt wohl jeder zu. Aber wo-
ran merkt man eigentlich Zersplitterung und ihre Folgen für die kommunale Handlungsfähigkeit? Dazu ein paar politisch-praktische und juristische Gedankensplitter.

Zersplitterung – Das Gespenst von Weimar

Zersplitterung meint nach üblichem Verständnis die Zunahme der Anzahl der in der Volksvertretung oder dem Ortsbeirat vertretenen Parteien und Wählergruppen. Eine starke Zersplitterung in den Parlamenten wurde lange als ein zentraler Faktor angesehen, der aus der Weimarer Republik in die Nazi-Diktatur führte. Auch das Bundesverfassungsgericht ließ die Gefahr der Parteienzersplitterung lange Jahre ausreichen, um Sperrklauseln für die Wahlen zum Bundestag, bei Europawahlen, auf Landes- und kommunaler Ebene zu rechtfertigen.

Verfassungsgerichte: Zersplitterung muss kein Problem sein

Ab 1999 kamen Sperrklauseln für Kommunalwahlen dann in der Rechtsprechung der Verfassungsgerichte unter größeren Rechtfertigungsdruck. So nahmen die Gerichte stärker die Funktionen der Volksvertretungen: Personal wählen und Beschlüsse fassen. Mit Einführung der Direktwahl fiel auf kommunaler Ebene die Wahlfunktion weniger ins Gewicht, urteilte der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen 1999. Und in der Gemeindeordnung sei der Grundsatz verankert, dass Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen unter Ausklammerung von Stimmenthaltungen und ungültigen Stimmen fielen (in Hessen: § 54 HGO);



Foto: Thomas Wolf / Wikimedia Commons (CC BY-SA 3.0 DE)

nur in wenigen Fällen sind qualifizierte Mehrheiten (Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl oder zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl) erforderlich. Die durch Sperrklauseln verursachte Ungleichbehandlung von Wahlvorschlägen ober- und unterhalb der Mandatschwelle sei daher nicht mehr ausreichend gerechtfertigt. Diesen Überlegungen folgte das Bundesverfassungsgericht dann 2008 für das Kommunalwahlrecht in Schleswig-Holstein. Hessen hatte schon zur Kommunalwahl 2001 die Sperrklausel mit Blick auf die Rechtsprechung in NRW abgeschafft.

Hohe Zahl an Wahlvorschlägen in den größeren Kommunen

Schon die Zahl der 2026 zugelassenen Wahlvorschläge variierte lokal stark. So waren in Frankfurt 22 Wahlvorschläge, in Wiesbaden und Darmstadt je 15 Wahlvorschläge zugelassen. Bei den Landkreisen variierte die Zahl der zugelassenen Wahlvorschläge von 7 bis 12. Auf der Gemeindeebene sah es ganz anders aus. In zwei Gemeinden gab es überhaupt nur einen Wahlvorschlag; in weiteren 17 Gemeinden traten nur zwei Wahlvorschläge an.

In knapp 80 Gemeinden standen nur drei Wahlvorschläge zur Wahl.

Viele Wahlvorschläge machen noch keine Zersplitterung

Nun besagt die Zahl der Wahlvorschläge noch nichts über die Fähigkeit, mit Mehrheit Beschlüsse zu fassen. Auch die Stärke der vertretenen Gruppierungen spielt eine Rolle. In der Politikwissenschaft gibt es dazu mit der Effective Number of Parties eine Maßzahl, die auch die Stärke der verschiedenen Parteien berücksichtigt. Dieser Index geht entsprechend in die Höhe, wenn eine Vielzahl stärkerer Gruppierungen zu verzeichnen ist. Mit meinen sehr laienhaften Fähigkeiten und unter der vergrößernden Zusammenfassung lediglich örtlich verteilter Parteien als „Sonstige“ und der Wählergruppen als ein Block gesehen wird (auch wenn es lokal mehrere Wählergruppen geben sollte) ergibt sich, dass dieser Index wiederum leicht gestiegen ist. Für die kreisfreien Städte ergibt sich ein Index von 6,07 (2021: 5,91), für die kreisangehörigen Gemeinden von 4,24 (2021: 4,17). Auf der Kreisebene stieg der Index auf 5,25 (5,09). Bei der ersten Kommunalwahl ohne Sperrklausel im Jahr 2001 lag der Index allerdings noch deutlich niedriger, bei 3,14 in den kreisangehörigen Gemeinden und 3,66 in den kreisfreien Städten (Landkreise: 3,17). Die zunehmende Zersiedelung der kommunalpolitischen Landschaft ist also belegbar.

Mehr Gruppierungen = weniger Handlungsfähigkeit?

Weniger Handlungsfähigkeit im juristischen Sinne erwächst daraus nicht unbedingt. Weiterhin werden auch in Kommunen mit vielen Fraktionen Beschlüsse gefasst, werden in größeren Kommunen auch Beigeordnete ins Hauptamt gewählt. Der vorbereitende Weg dahin ist politisch mancherorts lang und mühsam. Über die Qualität der getroffenen Entscheidungen ist auch nichts gesagt; dass viele (Mit-)Köche den Brei verderben, ist eine Redensart, die durchaus auf Erfahrung beruht.

Das alles hat die Rechtsprechung bisher aber nicht als Problem der Handlungsfähigkeit gesehen. Vielmehr hat der Staatsgerichtshof in Hessen im Januar 2026 sogar den Wechsel des Mandatszuteilungsverfahrens zu d'Hondt – ein weltweit gebräuchliches Verfahren und in der Politikwissenschaft sogar als Hare-Niemeyer in einigen Punkten überlegen anerkanntes Verfahren – gekippt. Das war ein sehr moderater Ansatz der schwarz-roten Koalition, um der Zersiedelung der kommunalpolitischen Landschaft ein wenig entgegenzutreten.

Fazit: Die Zersiedelung ist belegbar. Juristisch wird darin aber kein relevantes Problem gesehen.

STELLUNGNAHME DER SGK HESSEN

Das Maß ist voll: SGK Hessen ruft zum kommunalen Aktionstag auf

Kommunen brauchen endlich eine stabile Finanzierung statt immer neuer Aufgaben ohne Geld. Mit dieser klaren Forderung ruft Hanno Benz, Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Hessen und Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt, zur Teilnahme am hessenweiten Aktionstag der Städte, Landkreise und Gemeinden am 22. Juni auf.

„Die Zeit der schönen Worte ist vorbei. Hessens Kommunen stehen finanziell am Abgrund. Steuererhöhungen, der Verzicht auf freiwillige Leistungen und Einschnitte selbst bei Pflichtaufgaben dürfen nicht zur Normalität werden“, warnt Benz.

Die SGK kritisiert, dass Bund und Land den Kommunen immer neue Aufgaben aufbürden, ohne sie ausreichend zu finanzieren. Ob Ganztagsbetreuung, Kita-Ausbau, Schulen, Schwimmbäder oder öffentlicher Nahverkehr – die Belastungen steigen, während die finanziellen Spielräume schrumpfen.

Die SGK fordert deshalb: „Wer bestellt, bezahlt.“ Statt befristeter Sonderprogramme braucht es eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen. Dazu gehören eine stärkere und verlässlichere Gewerbesteuer, höhere allgemeine Finanzausweisungen und eine Entbürokratisierung der Förderprogramme, die den Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit lässt.

Auch das Land Hessen steht in der Verantwortung. Es darf keine weiteren Aufgaben auf die Kommunen abwälzen. Stattdessen müssen Städte, Gemeinden und Landkreise finanziell und personell entlastet werden. Mehr Eigenverantwortung und Investitionen in Klimaschutz, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur müssen bei der Haushaltsgenehmigung stärker berücksichtigt werden. Die vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum initiierte Entscheidung der Landesregierung, einen Großteil des hessischen Anteils am Sondervermögen in die Kommunen zu investieren, sei ein richtiger Schritt, aber auch ein unbedingt notwendiger.

„Vor Ort wissen die Verantwortlichen am besten, welche Investitionen nötig sind. Kommunen brauchen mehr Vertrauen, mehr Spielraum und vor allem eine ausreichende Finanzierung“, betont Benz.

Die SGK Hessen unterstützt den kommunalen Aktionstag am 22. Juni und fordert Bund und Land auf, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise dauerhaft zu sichern.

Die 19. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK

Unter dem Motto „Gemeinsam stark! Zusammen Zukunft gestalten, Bund, Länder und Kommunen“ kamen am 18. April in Dortmund rund 350 Delegierte und Gäste zur Delegiertenversammlung der Bundes-SGK zusammen.

Autor: Michael Siebel, Geschäftsführer der SGK und AfK Hessen

Dr. Thorsten Kornblum, Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, wurde von den Delegierten mit 91,2 Prozent der Stimmen wieder zum Vorsitzenden der Bundes-SGK gewählt. Er hatte den Vorsitz erstmalig am 10. Juni 2023 übernommen. **Stellvertretender Vorsitzender wurde unser Landesvorsitzender in Hessen und Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Hanno Benz**, gemeinsam mit Frank Meyer, dem Oberbürgermeister von Krefeld, Silke Schindler, Stadträtin aus Wanzleben-Börde und Ralph Spiegler, dem Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister von Nieder-Olm sowie Pascal Wasow, Kreisrat aus dem Rhein-Neckar-Kreis.

Hessen wird neben **Hanno Benz** im Bundesvorstand von **Julia Ostrowicki**, Stadtverordnetenvorsteherin von Kelkheim und stellvertretende Vorsitzende der SGK Hessen, die wieder als Beisitzerin gewählt wurde, sowie **Anita Schneider**, Landrätin des Landkreises Gießen, die weiterhin als kooptiertes Mitglied mitwirken wird, vertreten.

Zudem wurde **Dirk Noll**, Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, zum Revisor gewählt.

Thorsten Kornblum erklärte in seiner Rede zur Wahl: „Wir brauchen mehr Augsburg, Bochum, Friesland, Fürth, Gelsenkirchen, Hamm, Köln, Leipzig und Trier.“ Die Sozialdemokratie sei Kommunalpartei und erfolgreich in den Städten, Gemeinden und Kreisen, überall dort, wo sie Vertrauen genieße und kraftvoll gestalten könne. Notwendig sei, dass die Wählerinnen und Wähler erleben, dass ihre Entscheidung für eine Partei vor Ort etwas bewirke.



Foto: Bundeskonferenz 2026, v.l.n.r. T. Schneider, H. Benz, T. Kornblum, J. Ostrowicki © SGK Hessen

Teilhabe und Selbstwirksamkeit dürften nicht ad absurdum geführt werden. Junge Menschen könne man nicht für die Demokratie begeistern, wenn es dann im Stadtrat oder Kreistag nur darum gehe, zu kürzen und zu sparen. Unerlässlich dazu seien bessere Finanzen. „Dafür arbeiten wir mit der Bundes-SGK. Der kommunale Einfluss ist spürbar im Koalitionsvertrag und auch durch die Arbeit im Kommunalbeirat des SPD-Parteivorstandes gestalten wir Kommunalos die politischen Entscheidungen maßgeblich mit.“

Die SPD-Bundesvorsitzende Bärbel Bas fand auch klare Worte für die Situation, in der sich die SPD befindet. Die SPD stecke in einer dramatischen Lage, räumte Bas ein. Die Partei habe oft nicht klar gemacht, wofür sie stehe. Arbeiter*innen und Familien, die jeden Monat schauen müssten, wie sie über die Runden kommen, hätten sich von ihr abgewendet, „weil sie nicht mehr das Gefühl haben, dass die SPD für sie kämpft.“

Diese bittere Wahrheit müsse man klar sehen, nur dann könne man die Lage verändern.

Weiter erklärte Bas, Deutschland brauche Reformen. Der Sozialstaat müsse reformiert werden, „nicht weil er schlecht ist, sondern weil er besser werden muss: Er muss einfacher werden.“ Zweitens sieht Bas Handlungsbedarf in der Familienpolitik. Diese sei Wirtschaftspolitik. 45 Prozent der Mütter würden gerne mehr

arbeiten. Zu viele Frauen steckten in der Teilzeitfalle. „Das ist kein Schicksal, sondern ein politischer Fehler, den wir korrigieren müssen.“

Fazit: Wir haben auf Bundesebene nicht mehr viele Patronen im Lauf. Es steht viel auf dem Spiel!

Gemeinsam gegen Einsamkeit

Warum Einsamkeit eine politische Aufgabe ist und wie Kommunen soziale Teilhabe stärken können.

Autor: Turgut Yüksel, Mitglied des Hessischen Landtags (SPD)

Einsamkeit ist uns allen ein Begriff, doch selten als Thema der Politik. Für die meisten Menschen tritt sie nur zeitweise in Erscheinung, etwa nach einem Umzug, in Phasen persönlicher Veränderung oder nach dem Verlust eines nahestehenden Menschen. Für andere aber ist sie ein ständiger Begleiter, der den Alltag still und nachhaltig prägt. Wer dauerhaft einsam ist, nimmt seltener am gesellschaftlichen Leben teil und fehlt in den Strukturen unserer Städte und Gemeinden.

Aktuelle Zahlen belegen die Relevanz des Phänomens: Etwa ein Sechstel der Menschen in Deutschland empfindet regelmäßig Einsamkeit. Bei den über 65-Jährigen lebt rund jede dritte Person allein, bei den über 85-Jährigen mehr als jede zweite – ein zentraler Risikofaktor für soziale Isolation. Auch junge Erwachsene sind besonders häufig betroffen: Bei den 18- bis 29-Jährigen hat sich der Anteil der Einsamen seit 2017 nahezu verdoppelt. Junge Menschen, die während der Corona-Pandemie viele soziale Kontakte verloren, berichten noch heute von Rückzug, Leistungsabfall oder dem Gefühl, nicht dazuzugehören. Ältere Menschen wiederum sind häufig von Isolation betroffen,



*Foto: Turgut Yüksel, Sprecher für Integration, Migration und Jugendpolitik der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
© christofmattes*

wenn Mobilität und soziale Netzwerke eingeschränkt sind oder vertraute Bezugspersonen fehlen.

Die geistige und körperliche Gesundheit werden gleichermaßen von der Einsamkeit bedroht. Menschen, die in dauerhafter Isolation leben, sind häufiger von Depressionen, Suchterkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen betroffen. Zudem wird das Immunsystem geschwächt und der Stresspegel erhöht. Das kann die Lebensqualität Betroffener über Jahre hinweg einschränken. Gerade in der Forschung zur öffentlichen Gesundheitsfürsorge fügen sich die subjektive Wahrnehmung von

Einsamkeit und die messbaren Folgen sozialer Isolation zu einem eindeutigen Bild zusammen.

Nicht nur Einzelne, auch die Gesellschaft leidet in mehrfacher Hinsicht unter der Einsamkeit, denn sie beeinflusst das Zusammenleben und die soziale Teilhabe. Betroffenen fällt es schwer, sich einzubringen oder ehrenamtlich zu engagieren. Sie fehlen bei Stadtteilstesten, in Vereinen, aber auch in Nachbarschaftsprojekten. Gerade diese sozialen Netzwerke sind es aber, die das Fundament von sozialer Zugehörigkeit bilden. Ein Wegfall dieser Menschen im öffentlichen Leben wird in einer lokalen Gemeinschaft schnell sichtbar.

Einsamkeit ist kein Randthema, sondern ein Querschnittsbereich, der Gesundheit, Bildung, Arbeit, Planung und Kultur berührt. In unserem Antrag im Hessischen Landtag, den wir im November 2025 einbrachten, werden den Kommunen Werkzeuge an die Hand gegeben, um den genannten Entwicklungen entgegenzuwirken. Sie schaffen die Grundlage dafür, niedrigschwellige Angebote zu entwickeln und präventive Strukturen zu fördern. Begegnungsräume wie offene Zentren, Mehrgenerationenhäuser und andere Treffpunkte sollen so gestaltet werden, dass sie Menschen in allen Lebensphasen erreichen. Besonders gefährdete Gruppen wie Alleinerziehende, junge Erwachsene oder ältere Menschen sollen auf diese Weise unterstützt werden. Kommunen erhalten zudem die Möglichkeit, Initiativen zu koordinieren, Erfahrungen auszutauschen und das Engagement von Ehrenamtlichen gezielt einzubinden.

Der von uns vorgeschlagene Aktionstag ist mehr als ein erster Schritt. Das Sprechen über die Einsamkeit, ob als Betroffene oder als Gesellschaft, ist bereits unmittelbar wirksam bei ihrer Linderung. Der Aktionstag fördert Mut,

Einsamkeit zu benennen und Sensibilität im gesellschaftlichen Umgang.

Auch Schulen spielen eine Schlüsselrolle. Resilienzprogramme, Schulsozialarbeit und gezielte psychologische Unterstützung sollen junge Menschen befähigen, frühe Signale von Isolation zu erkennen, um aktiv darauf reagieren zu können. So können Rückzug, Leistungsabfall und psychische Belastungen verringert werden. Gleichzeitig werden zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützt, die Räume der Begegnung schaffen und Austausch ermöglichen. Diese Arbeit benötigt Förderung, Vernetzung und geeignete Rahmenbedingungen, um langfristig wirksam zu bleiben und schließlich den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Wer wirksame Prävention schaffen möchte, muss Kommunen stärken, Angebote koordinieren und das Engagement der Zivilgesellschaft einbinden. Nur durch solidarische Strukturen und Einstellungen können Menschen Anschluss finden und Teilhabe erleben und nur so lassen sich Zugehörigkeit und Gemeinschaft langfristig sichern.

Infobox

Der SPD-Landtagsabgeordnete Turgut Yüksel gründete Anfang 2022 in Frankfurt die Bürgerinitiative ‚Gemeinsam gegen Einsamkeit – für eine solidarische Gesellschaft‘. Die Initiative leistete Pionierarbeit im Kampf gegen Einsamkeit. Ziel der Initiative ist es, das Thema stärker in das öffentliche und politische Bewusstsein zu rücken und einsamen Menschen Wege aus der Isolation aufzuzeigen. Die Initiative hat inzwischen über Frankfurt hinaus Beachtung gefunden.

Weitere Informationen unter
<https://gemeinsamgegeneinsamkeit.org/>

EuropaRad: Aus einer Gedenktour wurde gelebte europäische Freundschaft

Autor: Bernd Schäfer, EuropaRad-Initiative Roßdorf

Es war der Sozialdemokrat Günther Kreisel – Kommunalpolitiker, Pädagoge und Leichtathletiktrainer in Roßdorf, der 1994 ein Konzept entwickelte, die Gemeindepartnerschaft mit Vösendorf bei Wien zu beleben.

Für seine Schülerinnen und Schüler der Justin-Wagner-Schule Roßdorf plante er eine Radtour dorthin mit den Themenfeldern Länderkunde, Biologie, europäische Zusammenarbeit und Geschichte. Unter anderem war ein Besuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen vorgesehen. Dieses Konzept stellte er mir im Frühjahr 1994 vor – 14 Tage später verstarb er mit 54 Jahren an einem zu spät erkannten Hirntumor.

Sein Sohn Alexander und ich als sein Schwiegersohn besprachen im Sommer, „seine“ Tour einmal zu fahren. Da ich nicht gerade der größte Radfahrer war, trainierte ich fast jeden Tag, und auf dem Weg zur Arbeit lief mir leider im Wald ein nicht angeleinter Hund ins Rad – Krankenhaus ... Aber wir ließen uns nicht von unserem Vorhaben einer Gedächnistour abschrecken, und Alexander brach am 15.07.1994 mit Freunden per Rad nach Vösendorf auf.

Mit dabei war auch der Vater eines Freundes von Alexander, Günther Weick, der als Parteifreund auch mit Günther Kreisel gut befreundet war. Und es sei an dieser Stelle erwähnt, dass Günther Weick der einzige von allen Tourenteilnehmern ist, der bis heute alle Touren mitfuhr.

Der große und herzliche Empfang in Vösendorf von Bürgermeister und vielen Bürgerinnen und Bürgern war für die vier Roßdorfer völlig unerwartet,



Foto: © EuropaRad / Bernd Schäfer

ebenso wie die Ankündigung, dass Freunde aus Vösendorf auch diese Tour nach Roßdorf fahren wollen. Und so entstand aus dieser als einmalig geplanten Tour ein Austausch, an dem sich im Laufe der Zeit immer mehr Partner- und befreundete Gemeinden beteiligten – bis heute nahmen allein an den jährlich stattfindenden Touren über 2.567 Bürgerinnen und Bürger aus Frankreich, Italien, Österreich und verschiedenen Bundesländern teil und fuhren zusammen über 12.600 Radkilometer.

Das Besondere aber an EuropaRad ist, dass wir seit vielen Jahren nicht mehr nur zu den Partnern, sondern zusammen mit den Partnern fahren. Dies ermöglicht einen viel intensiveren Austausch durch die in der Regel drei Tages-touren und die Zeit am Ankunfts- und Abreise-tag.

Gemeinsames Frühstück, der kurze Plausch während der Fahrten, gegenseitige Hilfe bei Pannen, die Zeit bei Pausen, Besichtigungen und die Abende sind so wertvoll für die Freundschaft. Es gibt unzählige Touren von Radsport- und anderen Vereinen zu Partnerkommunen, aber wir mussten schon zu Beginn unserer Touren feststellen, dass es viel gehaltvoller für die Partnerschaft ist, nicht nur nach

einer mehrtägigen Tour den Ankunftsabend oder einen Tag bei den Freunden zu sein, sondern gemeinsam diese Zeit zu verbringen und zu erleben.

Und noch etwas Besonderes wird von uns seit Langem gestaltet: Die Auseinandersetzung mit aktuellen europäischen Themen.

Unter unserem Motto „Europa gemeinsam erfahren“ behandelten wir unter anderem die Themen der Europäischen Jahre, fuhren zu europäischen Einrichtungen und sammelten wertvolle Erfahrungen bei Besichtigungen, Vorträgen und Gesprächen mit Experten, Politikern und der Bürgerschaft.

In diesem Jahr z. B. nahm die langjährige Hauptgeschäftsführerin des Europäischen Radverbandes ECF Brüssel, Jill Warren, an allen unseren Tagestouren teil, gestaltete am Ankunftstag das Come-together mit den 17 Nachhaltigkeitzielen und berichtete am nächsten Abend über ihre Arbeit mit dem Vortrag „Das Radfahren als wesentlicher Bestandteil der globalen Klimapolitik“. Auch der Bürgermeister sowie der Klimabeauftragte der Gastgebergemeinde sprachen an einem anderen Abend mit uns über dieses wichtige Thema.

Für unsere Arbeit wurden wir in vielfältiger Weise von der Europäischen Kommission, der Europaunion, dem Land Hessen, der Europäischen Exekutivagentur EACEA, dem Europarat und vielen anderen Stellen ausgezeichnet.



Foto: © EuropaRad / Bernd Schäfer

EuropaRad ist eine offene, europäische Initiative, und im Orgateam arbeitet unter anderem seit 26 Jahren Maria Bichler, erste Beigeordnete der Gemeinde Roßdorf, SPD, als Schriftführerin ehrenamtlich mit.

Die Arbeit für Europa, Demokratie, Solidarität, Frieden und Klima ist heute wichtiger denn je – EuropaRad ist dabei!

EuropaRad im Überblick

- ✚ Gründungsjahr: 1994
- ✚ Entstanden aus einer Gedächtnistour für Günther Kreisel
- ✚ Motto: „Europa gemeinsam erfahren“
- ✚ Bisherige Teilnehmende: über 2.567 Bürgerinnen und Bürger
- ✚ Gemeinsam gefahrene Strecke: über 12.600 Kilometer
- ✚ Teilnehmende aus Frankreich, Italien, Österreich und Deutschland
- ✚ Auszeichnungen und detaillierte Statistiken: www.europarad.net



TERMINE

8. Juli 2026, 18.00 – 19.30 Uhr, Online

Mit dem Fahrrad über Land

Chancen und Grenzen der Radverkehrsförderung in ländlichen Räumen

Ein Online-Workshop der Hochschule RheinMain gemeinsam mit der SGK, der KPV und der GAK.

Neue Veranstaltungsreihe der SGK Hessen

Nach den Sommerferien startet die neue Veranstaltungsreihe der SGK:

Zivilschutz stärken, Resilienz entwickeln - Demokratie für einen starken Staat

Grundlegende globale Veränderungen in einer neuen Weltordnung, der Krieg in der Ukraine in Europa nach 70 Jahren Frieden, und die schweren Folgen von Starkwetterereignissen als Folge des Klimawandels, konfrontieren unsere Kommunen mit riesigen Herausforderungen.

Die Flutkatastrophe im Ahrtal, die uns genauso in Hessen hätte treffen können, die deutliche Zunahme von Waldbränden (im Jahr 2023 von 50 auf über 230) sind nur einige dieser Bedrohungen, die unsere Bürgerinnen und Bürger bewegen.

Damit wollen und müssen wir uns als Demokraten auseinandersetzen.

Aber unsere Demokratie ist noch weiter bedroht. Es ist auffällig, dass die AfD in den Länderparlamenten viele und sehr detaillierte Anfragen zur kritischen Infrastruktur stellt. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass diese Daten an ausländische Spionagedienste weitergegeben werden und so auch unsere Sicherheit bedroht wird.

Wir stecken nicht den Kopf in den Sand, sondern wollen diese Herausforderungen ansprechen, diskutieren und Lösungen entwickeln, die unserer Bevölkerung Vertrauen geben und beweisen, dass kommunale Selbstverwaltung handlungsfähig ist.

Die SGK Hessen möchte mit einer Veranstaltungsreihe sich dieser Themen annehmen, mit innovativen Ansätzen die Debatte bereichern und andere anstecken, mit uns unsere Bevölkerung stark zu machen – für den Ernstfall.

Folgende Veranstaltungen sind bereits terminiert:

20. August 2026, 12.00 – 13.00 Uhr, Online

„Zivilschutz als originäre Aufgabe der Kommune“

mit **Alexander Schaposchnikov**,

Referent des Hessischen Städtetags

23. September 2026, 12.00 – 13.00 Uhr, Online

Resilienz gegen staatsgefährdende Angriffe - Spionage und Cyberangriffe auf Kommunen

mit **Antje van der Heide**,

Kreisbeigeordnete des Hochtaunuskreises mit beruflichen Erfahrungen aus dem Polizeidienst und aus der Arbeit im Ministerium des Innern

27. Oktober 2026, 19.00 – 21.00 Uhr, Online

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) -

Projekt „Kommunen und Krisen“ mit Kathrin Seiter,

Referentin im Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement der KGSt

29. Oktober 2026, 19.00 – 21.00 Uhr, Kongresshalle Gießen

„Wie die AfD die Demokratiebildung abschaffen will“

mit **Prof. Dr. Benno Hafener**,

Extremismusforscher

Weitere Veranstaltungen sind in Planung:

Darmstadt

„Nicht Angst, sondern Resilienz macht uns stark“

mit **Prof. Dr. Michèle Knodt**,

Politikwissenschaftlerin an der TU Darmstadt

Darmstadt

„Gemeinsam gegen die große Verunsicherung“

Länder, Kommunen und Wissenschaft diskutieren

Es diskutieren:

Michael Ebling – Minister des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, ehemaliger Oberbürgermeister von Mainz und ehemaliger SGK-Bundesvorsitzender

Prof. Dr. Michèle Knodt – Politikwissenschaftlerin an der Technischen Universität Darmstadt: forscht mit Schwerpunkt europäischer Integration und Politik der EU

Hanno Benz – Oberbürgermeister von Darmstadt und Vorsitzender der SGK Hessen sowie stellvertretender SGK-Bundesvorsitzender: fordert ein Verbotsverfahren gegen die AfD

Online

„Wärmeplanung und regenerative Energie als Beitrag zu Resilienz in den Kommunen“

mit **Stephan Grüger, MdL**

Die Termine der Veranstaltungen sind auch auf der Homepage der SGK unter www.sgk-hessen.de zu finden. Anmeldungen sind unter info@sgk-hessen.de möglich.



Weiterbildung für Kommunale

Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.

Marktstraße 10 65183 Wiesbaden

Homepage: afk-hessen.de

Information und Anmeldung:

info@afk-akademie.de

0611-360-117-6

Bildungsangebote nach der Kommunalwahl

Anmeldung und Informationen: afk-hessen.de

QR-Code zur Webseite:



HGO Kompakt - Online -

(20 € pro Termin)

Follow-up

25.08.2026

Bildungsurlaube

(550 € mit ÜN EZ · 450 € ohne ÜN)

Kommunalpolitik für den Einstieg und Interessierte

19.–23.10.2026 | Sportjugend Wetzlar

Rhetorik

07.–11.09.2026 | JH Bad Hersfeld

Kommunalpolitik Advanced

28.–30.09.2026 | Darmstadt

Führung

09.–13.11.2026 | JH Wiesbaden

Mit Gelassenheit handeln bei Konflikten, Zeitdruck und Verantwortung, neu

Selbstführung in Beruf, Ehrenamt und Kommunalpolitik stärken

23.–25.11.2026 | JH Bad Hersfeld

Online-Seminare

(20 € pro Termin)

Rechte und Pflichten eines Bürgermeisters

11.08.2026

Events moderieren, neu

19.08.2026

Kommunalpolitik visualisieren

28.08.2026

Selbst- und Zeitmanagement, neu

16.09.2026

Profil prägen und Öffentlichkeit gewinnen

23.09.2026

Erfolgreich bleiben mit Netzwerken und Bürgernähe

20.10.2026

Wirtschaftliche Betätigung in der Kommune, neu

21.10.2026

Ehrenamtliche Gemeindevorstände und Magistratsmitglieder, neu

23.10.2026

Social-Media-Strategien in der Kommunalpolitik

28.10.2026

Personal Branding, mit Persönlichkeit sichtbar werden, neu

18.11.2026

Intensivkurse

(200 € mit ÜN im EZ und VV)

Rhetorik für Frauen

12.–13.09.2026 | BIZ Gladenbach

Arbeiten mit dem kommunalen Haushalt

25.–26.10.2026 | BIZ Gladenbach

Präsenzseminare

(25 €)

Klarheit nach innen, Wirkung nach außen – Kommunikation mit Mitgliedern und Öffentlichkeit

18.11.2026 | SPD-Parteihaus Frankfurt

Alle Themen auch als Inhouse-Seminar möglich – Angebot auf Anfrage unter:

info@afk-akademie.de oder 0611-360 117 06